



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Franz Bergmüller, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Chancen nutzen, Green Deal verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die einmalige Chance bietet, zukunftsweisende und werterhaltende Akzente in Brüssel zu setzen.

Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, die Chance der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen und sich auf allen Ebenen für den Stopp des „Green Deals“ einzusetzen. Insbesondere die wirtschafts- und verbraucherfeindlichen Kostentreiber müssen bekämpft und abgebaut werden. Weiterhin darf kein Steuergeld für die Subventionierung wirtschaftlich nicht tragfähiger Technologien verwendet werden, für die es in der Realwirtschaft keinen Bedarf gibt. Statt einer weiteren Verschlechterung der Standortbedingungen wird die Rückverlagerung der Kompetenzen auf nationalstaatliche Ebene zur Förderung eines marktwirtschaftlichen Denkens angestrebt.

Begründung:

Die Förderung und Stärkung der bayerischen Wirtschaft sowie der Wohlstand der Bürger müssen ein vorrangiges Interesse des Staatshandelns sein. Nur die Sicherung von Arbeitsplätzen und Innovationskraft schafft eine lebenswerte und ökologisch werterhaltende Zukunft für die bayerischen Bürger. Eine weitere Zentralisierung sowie Ausweitung von umweltpolitischen Richtlinien und Maßnahmen wird entschieden abgelehnt. Dem populistischen Klimadogmatismus ist zugunsten eines konstruktiven Umweltschutzes Einhalt zu gebieten!

Gerade in Zeiten einer sich anbahnenden beispiellosen Wirtschaftsdepression, die mit durch die Corona-Krise eingeleitet wurde, stellt ideologischer Klimaschutz eine unzumutbare zusätzliche Belastung für die heimische Wirtschaft dar. Besonders problematisch ist hierbei, dass die Krise durch eine seit Jahren fehlgeleitete EU-Politik in ihren Folgen noch viel schärfer zu Tage tritt, als das mit einer von der Politik flankierten robusten Wirtschafts-, Energie- und Umweltpolitik der Fall gewesen wäre.

Um diesen drastischen Einbrüchen spürbar entgegenzuwirken, die Wirtschaft zu stabilisieren und langfristig wieder auf Wachstumskurs zu bringen sowie Arbeitsplätze zu sichern, ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig. Eine Transformation der gesamten Wirtschaft ist utopisch und derzeit technisch nicht möglich. Die Maßnahmen, die hierzu eingeleitet wurden, verzerren den Wettbewerb zum Nachteil der heimischen Wirtschaft und Umwelt massiv.

Die von der EU im Green Deal festgehaltenen „Klimaschutzmaßnahmen“ bilden in Verbindung mit den Corona-Beschränkungen eine nicht hinnehmbare Belastung für die heimischen Wertschöpfungsketten. Ein gesunder Föderalismus bildet die einzige Grundlage für lokales und nachhaltiges Handeln im nationalstaatlichen Interesse. Entscheidungskompetenzen müssen daher wieder auf nationale Ebene transferiert werden, damit die von der Corona-Krise betroffenen Mitgliedstaaten eigene, von der EU unabhängige, Entscheidungen zur Stärkung ihrer Wirtschaftskraft treffen können.